

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

## Der Streit um Schumans Außenpolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Der Streit um Schumans Außenpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 7, pp. 410-412

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131554>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Der Streit um Schumans Außenpolitik

Paris, 9. Juli 1952

Ein guter Kenner der politischen Verhältnisse Frankreichs erklärte dieser Tage, die einzelnen Gruppen und Persönlichkeiten ließen sich bei ihren außenpolitischen Vorstellungen zur Zeit fast ausschließlich von ihrer Einstellung zur Person Robert Schumans beeinflussen. Die Gegner des Ministers lehnten seine außenpolitischen Ziele ebenso entschieden und vorurteilsvoll ab, wie sie von seinen Freunden verteidigt werden.

Bereits bei Bildung der Regierung Pinay im März dieses Jahres forderten fast alle Parteien die Ernennung eines neuen Mannes am Quai d'Orsay. Dieser Versuch scheiterte an dem kategorischen Widerstand der Volksrepublikaner, die aus der Beibehaltung ihres Parteikollegen als Außenminister eine unabdingbare Bedingung für ihre Regierungsbeteiligung machten. Pinay hatte damals die Wahl zwischen dem Verzicht auf den Ministerpräsidentenposten und der Zusammenarbeit mit Schuman. Damit war der Streit aber nicht beendet. In regelmäßigen Abständen gingen Gerüchte über Demissionsabsichten des Ministers und seinen Rückzug aus dem politischen Leben in ein Kloster um. Eine neue heftige parlamentarische Offensive begann im Juni anlässlich der Parlamentsdebatte über die tunesische Frage. Von den Gaullisten wurde der Minister dabei in einer bisher in Frankreich kaum gekannten scharfen Weise viel mehr persönlich als sachlich angegriffen. Eine derartige Haltung gehörte immer zu den Rechten und Gebräuchen der Opposition. Erschwerend wirkte diesmal, daß auch ein Teil des Regierungslagers zumindest innerlich diesen gaullistischen Kampf gegen Schuman billigte.

## *Demissionsgerüchte*

Es ist zu unterstreichen, daß es in erster Linie um die Person des Ministers geht und nicht um seine Politik. Die um sich greifende Abneigung, der er zweifellos in verhältnismäßig kurzer Frist endgültig zum Opfer fallen wird, hat ver-

schiedene psychologische und politische Gründe. Die politische Erklärung gab Schuman selbst Ende Juni in einer internen Versammlung seiner Partei. Er bezeichnete sich als den Mann der Montanunion und damit als den Erzfeind der französischen Stahl- und Schwerindustrie, die ihm seinen Eingriff in ihr kartellistisches Monopol nicht verzeihen kann und will. Die Ironie der Propaganda will es, daß gleichzeitig Schuman weiterhin von den Kommunisten als Marionette der lothringischen Schlotbarone hingestellt wird.

## *Wechsel ist Tradition*

Es entspricht ferner nicht der französischen parlamentarischen Tradition, daß politische Ministerien lange Jahre ohne Unterbrechung von derselben Person verwaltet werden. Die Stabilität des französischen Staatsapparates hat ihre Wurzel in einer sehr selbstständigen und schwerfälligen Beamtenschaft. Als Gegengewicht fordert man daher einen verhältnismäßig häufigen Wechsel in den Ministerien. Man ist nicht geneigt, in dem Walzer der Minister eine politische Gefahr zu sehen, sondern im Gegenteil eine Garantie für eine dynamische Staatsführung. Außenminister Schuman leitet seit fast vier Jahren ununterbrochen den Quai d'Orsay, was in Frankreich bisher nicht üblich war. Erschwerend wirkt, daß sein einziger Vorgänger seit der Befreiung Frankreichs im August 1944, Bidault, der gleichen Partei angehört. Der Quai d'Orsay wurde so zu einem politischen Monopol der Volksrepublikaner, was bei dem nicht zuletzt kulturellen Einfluß dieses Ministeriums sämtlichen anderen Parteien, von den Sozialisten bis zu den Gaullisten, äußerst mißfällt.

## *Das große Gähnen*

Dazu kommt die Eintönigkeit der Persönlichkeit Schumans. Als er in den Vordergrund der Staatsgeschäfte trat, begrüßte man ihn mit allgemeiner Achtung als den „grand honnête homme“ und war froh, daß er im Außenministerium den reich-

lich verbrauchten Bidault ablöste, nachdem dieser Politiker von seinem britischen Kollegen Bevin gegen dessen Absicht durch die Bezeichnung „le cher petit homme“ reichlich lächerlich gemacht wurde. Inzwischen will man sich jedoch mit der politischen Ehrlichkeit nicht mehr begnügen. Man hat das Gefühl, von Schuman nichts Interessantes mehr erwarten zu können. Dieser asketische Junggeselle, der praktisch ein Klosterdasein führt, ist für die Mehrheit der lebensnahen französischen Parlamentarier durch seine Phantasielosigkeit und seine einschläfernden Reden fast unerträglich langweilig geworden. Ein bössartiger französischer Journalist, der in den Kriegsjahren eine nicht gerade erfreuliche Rolle spielte, erklärte unlängst im Hinblick auf Schuman, die europäische Einheit erwachse aus einem millionenhaften Gähnen.

## *Die Angriffspunkte*

Sachlich bestehen gegen die Außenpolitik Schumans zwei Angriffspunkte: Nordafrika und Europa. Indochina gehört nicht zu der Zuständigkeit des Ministers, und die französisch-amerikanischen Beziehungen sowie der Atlantikpakt stehen in Frankreich nicht zur Debatte, wenn man von den Kommunisten, die jede französische Außenpolitik verwerfen, absieht. Selbst diejenigen Kreise, die sich ihre eigenen Gedanken über das französisch-amerikanische Verhältnis machen, verzichteten bisher darauf, auf dieser Ebene den Außenminister anzugreifen.

Es ist zu unterstreichen, daß sowohl für die Europapolitik wie für Nordafrika die einzelnen Parteien innerlich gespalten sind. Das gehört zu der Unklarheit der augenblicklichen französischen politischen Struktur, die der Entwicklung der Ideen nicht gefolgt ist und widerspruchsvollste Überzeugungen in völlig künstlichem, parteipolitischen Rahmen festhält. Infolge dieser inneren Gegensätze erweist es sich auch als höchst schwierig, dem Konzept von Schuman eine



# VEREINSBANK IN HAMBURG

## AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15  
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021:1203 UND 021:1461

andere, sinnvolle Politik entgegenzustellen. Gerade die tunesische Debatte bewies, daß die negative Kritik zwar leicht ist, eine konstruktive Mehrheit für positive Lösungen sich jedoch kaum finden läßt. Für die Europaarmee und die deutsch-französischen Beziehungen liegen die Verhältnisse kaum anders.

### *Drei Meinungen über Nordafrika*

Über Nordafrika gibt es drei Meinungen. Die dort interessierten französischen Interessengruppen verteidigen den Status quo und halten jede Reform, die kurz- oder langfristig geeignet sein könnte, den französischen Einfluß zu schwächen, für gefährlich. Die zweite Gruppe, die augenblicklich von der Regierung vertreten wird, anerkennt die französischen Verpflichtungen aus den Protektorsverträgen zu der schrittweisen Verwirklichung der Autonomie in Marokko und Tunesien und in der Erziehung der eingeborenen Bevölkerung zu fähigen, modernen Staatsbürgern. Sie will sich jedoch vor jeder Überstürzung hüten und jeden neuen Schritt sehr genau abwägen, um die langfristigen Interessen Frankreichs nicht in Frage zu stellen. Mit diesem zögernden Abwarten ist die dritte Gruppe jedoch nicht einverstanden, weil sie der Ansicht ist, daß man schon zuviel Zeit verloren hat und auch in Nordafrika, wie bereits in Indochina, die Ereignisse über den französischen Willen hinweggehen könnten. Sie billigt zwar grundsätzlich die französische Reformpolitik, fordert jedoch eine Beschleunigung ihres Tempos. Es ist zu bemerken, daß Schuman dieser dritten Gruppe innerlich näher steht als der Regierungsmeinung. Persönlich gab er den Vertretern der nordafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung in der Vergangenheit Zusagen, die über das jetzige Regierungsprogramm nicht unerheblich hinausgingen. Er mußte sich

aber sowohl den politischen Koalitionsnotwendigkeiten wie dem starken Widerstand in seinem eigenen Ministerium anpassen.

Anläßlich der letzten Tunesien-debatte in der französischen Nationalversammlung waren mit der nordafrikanischen Politik der Regierung, die viel stärker von dem Ministerpräsidenten Pinay als vom Außenminister verteidigt wird, lediglich ein Teil der Volksrepublikaner, der Radikalsozialisten und der Unabhängigen einverstanden. Verschiedene Sozialisten und Gaullisten wären ebenfalls bereit gewesen, diese Politik zu unterstützen, wenn sie nicht parteitaktische Gründe zurückgehalten hätten. Man darf nicht vergessen, daß in der Nachkriegszeit vorwiegend Sozialisten für die französische Politik in Nordafrika als Generalgouverneure verantwortlich waren, Labonne in Marokko, Chataignaux, Naegelen und Léonard in Algerien, Mons in Tunesien. Teilweise mußten sie ihren Posten aufgeben, weil sie weitergehende Reformen verteidigten. Ein Mann wie Naegelen, zur Zeit sozialistischer Abgeordneter im Parlament, vertrat jedoch sehr wohl die Politik der starken Hand und erwarb sich sehr viele Freundschaften in den Reihen der Unnachgiebigen. Bei den Volksrepublikanern sind alle drei Gruppen vertreten, ebenso wie bei den Radikalsozialisten, während die Rechte zwischen der Regierungspolitik und der eisernen Faust schwankt. Wie diese letzte Lösung jedoch tatsächlich aussehen soll und kann, wurde auch bei der letzten Debatte nicht einmal von den Gaullisten angedeutet.

### *Problematische Europapolitik*

Die Ablehnung der Europapolitik Schumans hat weitgehend sentimentale Gründe. Wider Erwarten beobachtet man in Frankreich augenblicklich eine Verstärkung des kleinbürgerlichen Nationalbewußt-

seins, verbunden mit einem immer noch tief verwurzelten Mißtrauen Deutschland gegenüber. Man ist zwar noch nicht soweit, dem Außenminister vorzuwerfen, Frankreich dem Nachbarland verkauft zu haben, man befürchtet aber ernstlich, allein die Rechnung der Europapolitik des Ministers bezahlen zu müssen und innerhalb der europäischen Gemeinschaft in verhältnismäßig kurzer Frist einem dominierenden Deutschland hoffnungslos ausgeliefert zu sein. In sehr vielen Fällen mag das Vorhandensein einer echten öffentlichen Meinung mit Recht bestritten werden, für diesen einen Punkt, für das Verhältnis zu Deutschland, gibt es jedoch in Frankreich in der Volksmasse sehr echte und verhältnismäßig einmütige Reaktionen. Man war bereit, im Interesse des Friedens und der europäischen Gemeinschaft die Erfahrungen der Vergangenheit zu vergessen, nicht aber bis zur deutschen Wiederaufrüstung. Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die Europapolitik Schumans aus dieser militärischen Frage zumindest psychologisch gescheitert ist.

Auf anderer Ebene ist in weiten französischen politischen Kreisen wieder von den Sozialisten bis zu den Gaullisten ein mangelnder Glaube an Europa zu beobachten. Diese Zweifler ziehen die klassische Form der Außenpolitik jeder neuen Lösung, in der sie nur ein Abenteuer sehen, entschieden vor. Am Schwergewicht der Tradition und der Gewohnheit sind in Frankreich schon dynamischere Persönlichkeiten als Robert Schuman zerschellt.

Auch für die Europa- und Deutschlandpolitik hat sich bisher keine positive andere Linie herauskristallisiert. Die französischen Parlamentarier wissen sehr genau, was sie nicht wollen, es ist aber vorläufig nicht vorstellbar, die Geg-

ner Schumans bei den Sozialisten, den Konservativen und den Gaullisten unter einen Hut zu bringen. Noch vor zwei Jahren bestanden zwischen der Schuman'schen und der gaullistischen Europapolitik nur kleine Nuancen. Der General verzichtete es dem Minister nicht, einzelne Gedanken, deren Vaterschaft ihm nicht abgestritten zu werden vermag, mit Geschick in die Tat

umgesetzt zu haben. Heute spricht General de Gaulle vorwiegend von einer vorhergehenden Generalbereinigung zwischen Deutschland und Frankreich als Voraussetzung für die Bildung einer europäischen Konföderation, von der niemand sagen kann, ob es sich um einen Bundesstaat oder einen Staatenbund handelt. Die deutsch-französische Generalbereinigung soll zu-

dem erst dann beginnen, wenn Frankreich militärisch und wirtschaftlich stark genug ist, um seines Übergewichtes dem deutschen Partner gegenüber gewiß zu sein. Es mag zweifelhaft erscheinen, ob diese Vorstellungen einer realpolitischen Verantwortung und dem gegebenen internationalen Zeitdruck auch nur teilweise Stand zu halten vermögen. (fr.)

## Regierungsumbildung in England?

London, 10. Juli 1952  
Im Zeitalter der Gallup-Umfrage scheint es auch nach Parlamentswahlen für Politiker keine Ruhe und Sicherheit mehr zu geben. Das ist jedenfalls die Erfahrung der britischen Konservativen, die sich im Oktober gerade noch eine kleine Mehrheit im Unterhaus sichern konnten, aber seitdem ununterbrochen Boden verloren haben. Ob daran die mißliche Lage des Landes schuld ist, wie die Konservativen sagen, oder die Enttäuschung der Bevölkerung über die Nichteinhaltung von Wahlversprechen, wie die Labour-Kritiker der Churchill-Regierung behaupten, ist im Grunde unwichtig. Tatsache ist, daß sich viele konservative Unterhausabgeordnete höchst unsicher fühlen. Sollten in einzelnen Wahlkreisen Neuwahlen notwendig werden, so könnte Mr. Churchills gerade noch arbeitsfähige Mehrheit sehr schnell verschwinden. Und trug er sich vor kurzem noch mit der Absicht, einen günstigen Augenblick, vielleicht kurz nach der Krönungszeremonie im nächsten Jahr, zur Auflösung des Unterhauses und zu Neuwahlen zu benutzen, so muß er diese Pläne einstweilen zurückstellen.

Nach sechs Jahren in der Opposition fanden es einige der neuen Minister, darunter auch manche, denen ihre erfolgreiche Arbeit im Kriege großes Ansehen eintrug, schwer, mit den schwierigen Bedingungen der Nachkriegsära fertigzuwerden. Trotz einiger kleinerer Umbesetzungen, die schon stattgefunden haben, rechnet man daher in Londoner politischen Kreisen mit einer Umbildung der Regierung, und die politischen Propheten, von

denen nicht alle an einer solchen Umbildung persönlich uninteressiert sind, haben es nicht an Mutmaßungen und Voraussagen über die Hauptakteure bei einem solchen Verwandlungsspiel fehlen lassen. Die „Overlords“, die für verschiedene Regierungsbereiche eingesetzt, von administrativer Ressortarbeit und parlamentarischer Routine weitgehend befreiten Mitglieder des engeren Kabinetts, kommen bei dieser Abschätzung persönlicher Chancen allgemein schlecht weg. Der Engländer, der von seinen Ministern erwartet, daß sie im Parlament Rede und Antwort stehen, hört von ihrer Tätigkeit hinter der Szene zu wenig. Es ist kennzeichnend, daß keiner von ihnen wirklich populär ist, während die mit Ressortarbeit überladenen, regelmäßig im Unterhaus anwesenden Kabinettsmitglieder, wie Außenminister Eden und Schatzkanzler Butler, in den acht Monaten ihrer bisherigen Regierungsarbeit erhöhtes Ansehen erworben haben.

### *Der Ruf nach dem Koordinator*

Das moderne Kabinettsystem, die Existenz einer Regierung innerhalb der Regierung, ist eine englische Erfindung; der Prime Minister soll, wie der Name besagt, der erste unter einer Anzahl mehr oder weniger gleichgestellter Minister sein, auch wenn er Mr. Churchills überragende Persönlichkeit und Erfahrung besitzt und äußere Umstände ihm eine größere Prominenz aufzwingen. Die Fortentwicklung der Kabinettdenke in der gegenwärtigen Regierung mit ihren Gruppenchefs hat sich aber nicht sonderlich bewährt, obwohl sie auf der Linie ähnlicher Experimente in Mr. Att-

lees Labour-Regierung liegt. Daran ist zum Teil Mr. Churchills einzigartige Stellung schuld. Er ist kein „Komitee-Mann“ und hält, wie man sagt, mit seinen Kollegen nicht immer genug Fühlung. Manche Konservative möchten daher an seiner Seite einen Koordinator für das gesamte Feld der inneren Politik sehen, so daß sich der Prime Minister auf die ihm am meisten interessierende Außenpolitik und die Verteidigung konzentrieren könnte. Täte er dies, so könnte das Auswärtige Amt einem weniger erfahrenen Staatsmann als Mr. Eden anvertraut werden, und dieser könnte sich der Koordinierung von Wirtschafts- und Finanzpolitik widmen, einem Gebiet, auf dem er als offizieller Stellvertreter des Prime Ministers und voraussichtlicher künftiger Regierungschef auf alle Fälle mehr Erfahrung sammeln sollte. Daß er in inneren Angelegenheiten nie stark in Erscheinung getreten ist, sollte seine Aufgabe, ausgleichend zwischen verschiedenen Interessengruppen zu wirken, erleichtern.

### *Kritik im eigenen Lager*

So etwa argumentieren die jüngeren Konservativen, denen die Regierungspolitik hinsichtlich der verstaatlichten Industrien, der Lebensmittelsubventionen, der Eisenbahnfahrpreise und anderer heikler Fragen psychologisch ungeschickt, wenn nicht grundsätzlich falsch erscheint und die auch die Beziehungen zu den Gewerkschaften verbessern möchten. Sie sind mit Schatzkanzler Butlers Politik an sich einverstanden, aber über seine Nachgiebigkeit in manchen Steuerfragen enttäuscht und möchten den